

3. Ostern 1917 wurde die in Göttinge versammelte Konferenz der sozialdemokratischen Oppositionsgruppen am zweiten Sitzungstage durch den Antrag überrascht, nun doch eine eigene politische Partei zu bilden. Diesen Antrag habe ich sofort bekämpft und mit Kaustky und anderen gegen ihn gestimmt. Mit etlichen 70 gegen 44 Teilnehmer wurden wir damals überstimmt, und da ich die alte sozialdemokratische Mitgliedschaft meines Wohnortes Siedeburg, der ich seit 15 Jahren angehörte, und der es damals sehr an Kräften gebrach, nicht im Stich lassen wollte, war ich gezwungen, mich dem Beschluß zu unterwerfen, zumal eine Rückkehr in die Mehrheitsfraktion für mich aus politischen Gründen eine Unmöglichkeit geworden war. Bei alledem habe ich mich gewissenhaft gehalten, so tief ich den politischen Gegensatz empfand, dem Beispiel anderer zu folgen und die bisherigen Kampfgenossen in Rede oder Schrift mit „Herzen“ zu häutern.

4. Im Frühjahr 1918 fand in Berlin in den Räumen der bolschewistischen russischen Botschaft eine gefällige Zusammenkunft von Mitgliedern dieser und Angehörigen der unabhängigen Sozialdemokratie statt, zu der auch ich geladen war, obwohl ich aus meiner Gegnerschaft gegen die bolschewistische Politik kein Hehl gemacht hatte. Man erörterte unter anderem die Gründe, weshalb die unabhängige Sozialdemokratie nicht so revolutionär vorgehe, wie die Bolschewisten es verlangten, und in der Debatte darüber äußerte Georg Ledebour, die Partei sei leider ganz anders zusammengesetzt, als die Bolschewisten meinten. „Es gibt sogar unter uns Leute“, sagte er wörtlich, „die sich nicht schnell genug mit den . . . Ebert, Scheidemann und Konsorten wieder vereinigen können“. Als ich darauf das Wort nahm, erwiderte ich: Ledebour hat keine Namen genannt, alle Unterredeten aber wissen, daß seine letzte Bemerkung gegen mich gerichtet ist. Ich kann darauf nur antworten, daß solange die Mehrheitsfraktion an der Politik der Bewilligung der Kriegskredite festhält, mir eine Rückkehr zu ihr platterdings unmöglich ist. Dagegen stehe ich nicht an, zu erklären, daß ich trotzdem den Gedanken an eine spätere Wiedervereinigung der deutschen Sozialdemokratie nicht aus meinem Register austreiche. Und wenn der Zeitpunkt dafür gekommen sein wird, werde ich, soweit ich dabei in Betracht komme, die Vereinigung nicht an Personenfragen scheitern lassen.“ Ich denke, diese Feststellungen, deren strenge Genauigkeit kein Teilnehmer an jenen Zusammenkünften bestritten wird, werden genügen, jede Unklarheit über die Motive meines jetzigen Verhaltens zu beseitigen.

Menschewiki und Bolschewiki.

Unbestimmte, besonders von spartakistischer Seite geäußerte Gerüchte wollten den Anschein erwecken, als wenn zwischen den Menschewiki und den Bolschewiki sich eine Annäherung vollzöge. Die wie immer in solchen Fällen dienstfertigen Unabhängigen legten sofort diese Gerüchte so aus, daß die Menschewiki angeblich ihren prinzipiellen Widerstand gegen die Bolschewiki vollständig aufgegeben hätten. Wie der verlorene Sohn lehrten sie, nach der unabhängigen Auslegung, in die väterlichen Arme der Lenin und Trotzki zurück, um von ihnen die Weihe des „rechten“ Sozialismus zu erhalten. In Anbetracht dieser tendenziösen Sache ist es daher interessant, von der folgenden Erklärung Kenntnis zu nehmen, die in dem in London erscheinenden „Bulletin Russe“ erschienen ist. Die Erklärung ist von der Delegation der russischen Sozialdemokratischen Partei zu der Berner Konferenz, mit Paul Axelrod an der Spitze, unterzeichnet und hat nach dem hier erscheinenden russischen Blatt „Golos Rossii“ vom 20. d. Mts. folgenden Wortlaut:

Die Sozialdemokratie erblickt in der Herrschaft der Bolschewiki die größte Gefahr, sowohl für das russische wie auch für das internationale Proletariat. Die Sozialdemokratie war stets der Ansicht, daß große soziale Reformen nur in einem demokratischen Staat,

der im Einklang mit dem Willen des Volkes regiert wird, möglich sind.

Verschiedene Gründe veranlaßten die Bolschewiki, die Menschewiki in die Räte wieder aufzunehmen, aus denen sie um die Mitte des Jahres 1918 auf Beschluß der Kommunistenpartei gleichzeitig mit den Sozialrevolutionären ausgeschlossen worden waren.

Die Sozialdemokratie geht jetzt in die Räte, um dort ihre Ueberzeugung und ihr Ideal des internationalen Sozialismus gegen die zerstörende Politik der Bolschewiki zu verteidigen.

Nur in diesem Sinne ist die Rückkehr der Sozialdemokratie in die Räte zu verstehen.

Aus dieser Erklärung geht deutlich hervor, daß nicht die Menschewiki, sondern die Bolschewiki Entgegenkommen zeigen, was sicherlich jede andere Schlussfolgerung zuläßt, nur nicht die von den Unabhängigen und Spartakisten verbreitete.

Hunger, Revolution und „Freiheit“.

Zur Selbstblockade des Seemannsbundes.

Die „Freiheit“ findet endlich Worte zu dem Beschluß des kommunistischen Seemannsbundes, der die Ausfahrt der Lebensmittel-Schiffe verhindern will, und schreibt:

Unserer Meinung nach wäre ein Beschluß, die Ausfahrt der deutschen Flotte zu verhindern, ganz unverständlich. Es wäre nutzlos, weil die Entente das Recht hätte, die Schiffe abzuholen, und es wäre sinnlos, weil es natürlich nie die Politik der Arbeiter sein könnte, sich selbst auszuhungern, um sich dadurch härter zu revolutionieren. Das Elend kann unter Umständen ein revolutionärer Faktor sein, aber nur dann, wenn es durch die Politik der Gegner der Arbeiterklasse herbeigeführt worden ist, nicht wenn es durch eine Arbeitergruppe selbst erzeugt wird, gegen die sich dann der ganze Unwille aller anderen Schichten richtet.

Das ist an sich richtig. Aber Spartakus rechnet mit jenen Unentschiedenen, die eben nur den Hunger verspüren und nicht nach den Gründen fragen. In der Frage der Arbeitslosigkeit haben die Spartakisten genau so — und nicht ohne Erfolg — operiert. Sie haben mit wilden Streiks, namentlich in den Kohlenrevieren und den Industrien, von denen andere Industriezweige abhängen, alles getan, um die Arbeitslosigkeit auf den Gipfel zu treiben und gesehen nun die Früchte der Unzufriedenheit, an deren Ursachen sie reichliche Mitschuld tragen.

Für die doppelzüngige Politik der Unabhängigen aber ist es charakteristisch, daß die „Freiheit“ trotz ihrer richtigen Erkenntnis der Sachlage wenige Zeilen später schreibt:

Das Ganze scheint fast eine sensationelle Sache zu sein, die zu einem Hehversuch gegen den Seemannsbund, der dem alten Transportarbeiterverband ein Dorn im Auge ist, ausgenutzt werden soll.

Also: der Beschluß des Seemannsbundes ist „unverständlich“ und „sinnlos“ (das sind freilich sehr milde Bezeichnungen), wenn aber ein anderes Blatt als die „Freiheit“ ihn zu kritisieren wagt und auf die Folgen hinweist, die er für die Ernährung des deutschen Volkes haben muß, so ist das ein Hehversuch gegen den Seemannsbund. Die uneheliche Politik der Unabhängigen, wie sie selbst und lebt!

Der Kampf um die Kaiserbilder.

Schulvorstand gegen Lehrer.

Ein Dorfschullehrer aus dem Kreise Lübben teilt uns folgenden Fall mit: „Ich hatte am 10. November v. J. die Bilder Wilhelms II. aus dem Schulzimmer entfernt und auf den Hausboden gestellt. Später zu den Wahlen am 10. und 26. Januar bin ich mit gutem Erfolge für die Sozialdemokratische Partei eingetreten.“

In einer Schulvorstandssitzung am 14. d. M. verlas der Gemeindevorsteher folgendes Schreiben des Kreisinspektors, Oberpfarrer Bierach in Friedland, Niederlausitz:

Wie mir mitgeteilt ist, hat der dortige Lehrer die Kaiserbilder aus dem Schulzimmer entfernt. Ich erlaube um Bericht, ob die Entfernung der Bilder mit Zustimmung des Schulvorstandes erfolgt ist, und ob der Schulvorstand geneigt ist, fernzusehen zu bleiben, daß die Bilder aus dem Schulzimmer entfernt bleiben.

wird vielleicht in ein paar Jahrzehnten jeder eine elektrische Fernsprechapparatur für drahtlosen Verkehr in der Westentasche bei sich führen. Dann wird die Prophezeiung von Professor Arton sich erfüllen, der so sagte: „Einst wird kommen der Tag, an dem das Menschenkind, das mit dem Freund zu sprechen wünscht und nicht weiß, wo er sich befindet, mit elektrischer Stimme rufen wird, die allein jener hört, der das gleichgestimmte elektrische Ohr besitzt. Er wird rufen: Wo bist Du? Und die Antwort wird klingen in sein Ohr: Ich bin in der Tiefe des Bergwerks, auf dem Gipfel des Anden oder auf dem weiten Ozean. Oder vielleicht wird seine Stimme antworten, und er weiß dann, daß sein Freund tot ist!“

Das ist Zukunftsmusik! . . . Aber Tatsache ist: Auf Grund ihrer Erfindungenschaften der letzten Jahre wären schon heute die deutschen Funktelegraphen-Ingenieure jeden Tag imstande, drahtlos von der Großstation Kauen aus nach New York zu telephonieren. Nicht mangelnde technische Mittel sind es, die sie daran hindern, sondern nur der politisch begründete Umstand, daß man drüben heute noch nicht hören will, was wir sagen wollen.

Otto Beder-Volkonzert.

Bei regerem Besuch als das vorige Mal, obgleich diesem künstlerischen Unternehmen noch härteres Interesse zu wünschen wäre, ging Donnerstagabend das zweite Volkskonzert in der alten Garnisonkirche vor sich. Die Vorträge des Potsdamer Organisten Otto Beder bilden dabei den eigentlichen Anziehungspunkt. Zwar bieten häufige Kirchenkonzerte den Berlinern reichliche Gelegenheit, Orgelmusik zu hören. Allein die „Königin“ aller Instrumente ist noch immer weit davon entfernt, als volkstümliches Konzertinstrument zu gelten. Hierzu seinerseits beizutragen, ist Professor Beder, einer unserer tüchtigsten Orgelvirtuosen, emsig bemüht. Diesmal fand Litzis grandiose Fantasia für Orgel über den Choral aus Reherers Oper Der Prophet obenan. Die Komposition erhebt sich unter Wahrung der gegebenen Situation musischhöflich doch weit hinaus über die Schranken herkömmlicher Ideale. Nicht sowohl das religiöse Element, als kosmopolitische Ideen verdrängen sich hier in dem Choralwort: „Du uns, zur Welle des Heils, kommt ihr Völker!“ zu einem allgewaltigen Orchesterklang. Außer Mendelssohn brachte Otto Beder auch ein Kaverz, dennoch farbiger gewobenes Orgelbordspiel von Hugo Roun erstmalig zu Gehör.

Eine besondere Rolle ist der Orgel als Begleitinstrument zu gefungenen Liedern wie zur Violine zugewiesen. Doch sich, ungenügend feinfühliges Registerführung vorausgesetzt, Orgel-, Gesangs- und Geigenstimmen bis zur lächelnden Vollkommenheit miteinander verschmelzen vermögen, konnte auch jetzt wieder festgestellt werden. Zumal in einigen Schubert-Liedern, die Elisabeth van Enderz — außer der großen Sopran-Arie aus Mendelssohn

Von den Schulvorstandsmitgliedern sind zwar drei mit mir der Meinung, daß Kaiserbilder nicht in das Klassenzimmer der republikanischen Volksschule gehören. Der Gemeindevorsteher und ein weiteres königstreues Mitglied dagegen sind mit dem Herrn Oberpfarrer der Ansicht, daß die Bilder unbedingt wieder aufgehängt werden müssen. Nun ist es hier so, daß im Schulvorstande der Gemeindevorsteher angeblich zwei, sein Freund sogar drei Stimmen hat. Wie das zugeht, weiß ich nicht, es ist aber so! Dann war die Sitzung so oberaus, daß zwei Schulvorstandsmitglieder bestimmt nicht erscheinen konnten. So lautete der Bericht an den gestrichlichen Herrn:

Der Schulvorstand beschließt mit 5 gegen 2 Stimmen, daß die Entfernung der Kaiserbilder zu Unrecht erfolgt ist, und daß sie wieder aufgehängt werden müssen.

Es ist schlaun von dem Herrn Oberpfarrer, der sich übrigens in den dienstlichen Schreiben noch immer Königl. Kreis-Schulinspektor nennt, daß er hinter seinen königstreuen Brüdern im Schulvorstande Deckung nimmt. Aber ob ihm das helfen wird. So viel revolutionäre Luft wird hoffentlich noch in Preußen wehen, daß solche Schwarzkünstler davon etwas groß aufs Hinterteil gesetzt werden. Wehe uns, wenn es nicht so wäre. Bist Herr Minister Gaenisch auch den „Vorwärts“? Hat er niemand, der den „Königlichen“ ablösen kann?

Wir geben diesen Fall der „Deutschen Tageszeitung“ zur Kenntnis als Anschauungsunterricht dafür, welche Beamte wegen probokatorischen Widerstandes gegen die Regierung ihres Postens enthoben werden müssen. Im übrigen: Gaenisch werde har!!

Teuerungszulage für Militärpersonen.

Man schreibt uns: Die Klagen der auf Selbstbelästigung angewiesenen Unteroffiziere und Mannschaften, soweit sie sich in beamtenähnlichen Stellen befinden, über die Nichtzahlung der versprochenen und genehmigten Teuerungszulage, mehren sich von Tag zu Tag. Es ist wohl nicht mehr wie recht und billig, daß gerade diesen Leuten, die doch mit jedem Pfennig rechnen müssen, die schon seit 3 Monaten bewilligte Teuerungszulage endlich gezahlt wird. Sollen diese Kameraden es vielleicht weniger bedürftig sein als die Offiziere, die, wie das „Deutsche Offiziersblatt“, Nr. 11, S. 222, besagt, als Zulage bekommen: Offiziere in Gehaltsklasse 1: jährlich 18 000 M., außerdem 100 M. monatliche Teuerungszulage; Gehaltsklasse 2: jährlich 4800 M., außerdem 105 M. monatliche Teuerungszulage; Gehaltsklasse 3: jährlich 1800 M., außerdem 200 M. monatliche Teuerungszulage, außer den Kinderzulagen von 50, 40 und 30 M.? Man dürfte doch glauben, daß für die Mannschaften das gleiche Bedürfnis vorliegt.

Zentralrat und Räteystem.

Noch kein endgültig festgelegter Standpunkt.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik teilt mit: In der Morgenausgabe der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 18. 3. befand sich eine Notiz über den Zusammentritt des 2. Rätekongresses, in der es heißt, daß der Zentralrat auf dem Standpunkte stehe, daß die politischen Rechte der Arbeiter durch deren Vertreter in der National- und in der Landesversammlung gewahrt werden, und daß damit ein anderes Organ zur Vertretung der politischen Interessen der Arbeiter sich erübrige.

Diese Mitteilung entwirrt nicht den Tatsachen. Die Stellung des Zentralrates ist durchaus noch nicht endgültig festgelegt; bei den bisherigen Beratungen dieser Angelegenheit hat sich aber ergeben, daß die Mehrheit seiner Mitglieder eine Auffassung vertritt, die der in der Deutschen Allgemeinen Zeitung wiedergegebenen entgegengesetzt ist.

Die Ansicht der „D. A. Z.“ über den Standpunkt des Zentralrates entwirrt offenbar aus dessen tatsächlicher Handlungsweise. Nachdem der Zentralrat seine Macht in die Hände der Nationalversammlung gelegt hatte, konnte und mußte man der Meinung der „D. A. Z.“ sein. Wenn die Mehrheit der Zentralratsmitglieder heute den entgegengesetzten Standpunkt einnimmt, so haben die betreffenden Mitglieder ihre frühere Ansicht geändert.

Drahtlose Unterhaltung über den Ozean.

Von Kurt Fähr.

Der Marconi-Gesellschaft soll es am 20. März gelungen sein, eine drahtlose Verbindung zwischen Giffen in Island und dem Kap Grace in Kanada herzustellen. Bis zu einer praktischen Ausgestaltung dieses Verlehrsfortschritts wird freilich noch geraume Zeit verstreichen.

Die Grundfeste, auf der die drahtlose Telephonie heute beruht, ist ein höchst eigenartlicher Apparat, der aber während des Krieges blossfests wie jenseits der Schützengräben in gleichem Maße entwickelt worden ist. Es wird als Wellensender eine Mähre mit stark verdünnter Luft benutzt, durch die ein elektrischer Strom hindurchgeht. Am den Zusammenstoß einer solchen Kathodendöhre mit der Ausbreitung der elektrischen Wellenzüge darzustellen, müßte man ein Buch schreiben. Die geistige Leistung der Menschheit, die in dieses äußerlich so bescheidene Gerät eingestiftet ist, muß als außerordentlich bezeichnet werden. Wie begnügen und hier damit, festzustellen, daß der Hörföhrender äußerst gleichmäßige Wellenzüge auszusenden vermag. Diesen prägt man mit Hilfe eines Mikrophonstromkreises die Sprachschwingungen auf, die von den Wellenzügen wie mit einer Fahrgelenkheit mitgenommen und am Empfangsapparat abgelesen werden. Für die tragenden Schwingungen ist unser Ohr unempfindlich, da sie so geschwinde vor sich gehen, daß unser Gehör sie nicht mehr aufzufassen vermag. Man hört also am Empfangsapparat nur die Sprachschwingungen und diese in voller Klarheit.

Wer zum erstenmal am drahtlosen Telephon gelauscht — und der Verfasser hatte schon vor dem Kriege in Ruhen Gelegenheit dazu — der ist erstarrt über die ganz ungewöhnliche Klarheit und Reinheit der Töne, die er vernimmt. Da ist kein Knacken und Knarren und keine Vermischung der Sprachlaute. Jedes Nebengeräusch fehlt. Denn im Vakuumraum gibt es ja keine Nachbargeschichten, die störend zu wirken vermögen. Andererseits besteht der Nachteil, daß das drahtlose Telephongespräch nicht geheim gehalten werden kann. Die Wellenzüge breiten sich von der Sendestelle kugelförmig aus und können von jedem geeigneten Apparat abgelesen werden.

Die Apparate zur Verstärkung von Telephonströmungen, die gleichfalls während des Krieges entwickelt worden sind, gestatten heute, über beliebige Entfernungen drahtlos zu telephonieren. Wenn die anzuwendenden Schwingungen ursprünglich auch nur ganz schwach sind, so kann man sie mittels mit Leichtigkeit bis zum Donnerhall vergrößern. Und da auch die Sendee- und Empfangstationen selbst samt ihren Drahtarmen immer kleiner werden, so

„Elios“ — wunderbar lang. Während ein geistliches Lied: Unter Sternen von Felix Weingartner — dem Baritonisten Ernst Krenow anvertraut — durch edle Stillfierung aufleuchtete.

Wanka Beder, Samolewska, die wir seit langem als vortreffliche Geigerin kennen und schätzen, spielte ein schönes Adagio aus Louis Spohrs lebendem Violinlängert und Schumanns Abendlied mit großem Ton und tiefer Empfindung. ek.

Notizen.

— Gogols Komödie „Heirat“, die morgen in der Volksbühne erstmals aufgeführt wird, hat nach einer Bemerkung Krupniks vor zehn Jahren immer noch zum ständigen Repertoire der russischen Bühne gehört. Der Krieg wird daran nichts geändert haben und vielleicht auch die Revolution nicht. Die Komödie schildert das Jögern und Grauen, das ein eingeschickter Junggeselle vor seiner Heirat durchzumachen hat, der er schließlich entgeht, indem er wenige Minuten vor dem Beginn der Zeremonie aus dem Fenster springt. Sie ist voller komischer Situationen, die die Darstellungskunst guter Schauspieler zur besten Geltung kommen lassen.

— Theater. Aus dem Künstlerkreis der Volksbühne ist Wilhelm Dieterle aus Gesundheitsrücksichten ausgeschieden. — Im Schillertheater Charlottenburg geht morgen abend Shakespeares Lustspiel „Wie es euch gefällt“ in der Bühneneinrichtung von Alfred Neuber mit der Rusli von Max Conrad zum ersten Male in Szene. Anfang 7 1/2 Uhr.

— Ausstellung junger Architekten. Der Berliner Arbeitsrat für Kunst, diese im November gegründete Verbindung auf dem linken Flügel unserer Künstlerchaft, veranstaltet im Graphischen Kabinett J. W. Neumann (Kurfürstendamm 232) eine erste Ausstellung, die in Modellen und Zeichnungen ein reiches und buntes Bild von der Zukunftseinnicht unserer jungen Architektengeneration bieten soll. Die Ausstellung wird am 26. März eröffnet. Der Eintritt ist frei.

— Vom jungen Bedeind. Das Bruchstück einer frühzeitig gepflanzten noch nirgends öffentlich aufgeführten Komödie, „Elios Erwachen“, und das amüsante Dürrenmatt „Felix und Galathea“ hatte man verdienstlichertweise für einen Bedeind-Vormittag der Hamburger Kammertheater herausgebracht. Das von „Elios Erwachen“ Vorhandene ist durch gewählte, feinsinnigste Diktion bemerkenswert, aber im übrigen rechtlich, schwerfällig, matt gefungen. Interessant für lobenswürdige Forscher, Kammertheater; sonst ein fast unentwähliger Bedeind. „Felix und Galathea“ ist dagegen eine behaucht spielerische Fröhlichkeit, ein bedächtig unbedingter Verfall. Bedeind hat die leichte Entzucht des verlauchten Dürrenmatts Felix und der süßen, unweisen Galathea mit 17 Jahren schellenklingend betrunnen. Am Dünner des Herrern, am kräftigen Kunstsin, am angenehmen Dialog und am köstlichen Freimut erkennt man doch die ungeheure Begabung des jungen Mannes. A. S.

Ein Reichsbürgerrat?

Das Präsidium des Reichsbürgerrats teilt mit: Am 30. März findet im Herrenhause zu Berlin die zweite Tagung des Reichsbürgerrats statt. Ebenso wie die Arbeiterbewegung hat der Bürgerratsgedanke im ganzen Reich sich als Frucht der jetzt erlebten innerstaatlichen Umwälzung immer mehr durchgesetzt und zu einer achtunggebietenden zusammenfassenden Organisation geführt. In der bevorstehenden Tagung wird die endgültige Verfassung des Reichsbürgerrats festgesetzt werden, um ihm und den in ihm zusammengeschlossenen Bürgergremien den festen und zuverlässigen Unterbau und Zusammenhang zu geben.

Da im demokratischen Deutschland volle Organisationsfreiheit herrscht, so kann natürlich niemand dem Bürgertum verwehren, Vereine zu gründen, sich Bürgerrat und gemeindegewand auch Reichsbürgerrat zu nennen. Aber diese Bürgerräte, die nicht wie die Arbeitergremien auf dem Boden der Revolution, sondern gegen die Revolution entstanden sind, werden nichts weiter bleiben, als private Vereine. Irgendwelche öffentliche Befugnis wird und darf ihnen auf keinen Fall zuerkannt werden!

Deutschösterreichs Kampf.

Deutschböhmen's Auf nach Selbstbestimmung. — Tirol für seine Einheit. — Kenner gegen Habeburg.

Wien, 20. März. Die deutschböhmisches Landesregierung richtete namens Deutschböhmen und des Sudetenlandes durch das Staatsamt des Reichens an die Internationale Völkerverbundkonferenz in Bern eine Note, in der verlangt wird, daß bei der Beratung über das Statut des Völkerverbundes bereits Vorkehrungen getroffen werden, daß die Staaten in solchen Formen in den Völkerverbund aufgenommen werden, daß die Ruhe der Welt nicht mehr gefährdet wird. Es wird dagegen protestiert, daß auch nur Verträge entstehen können, daß die Deutschen den Tschechen als Gefährten übergeben werden sollen. Die Deutschen erwarten, daß die Internationale Völkerverbundkonferenz ihnen behilflich ist, ihre Selbstständigkeit zu erlangen.

Jansbrunn, 20. März. In der heutigen Sitzung der Tiroler Landesversammlung gab der Vorsitzende Baron Sternbach eine Erklärung ab, in der er sich namens der ganzen Landesversammlung der Kundgebung aller Schichten der Bevölkerung für Einheit und Befreiung Tirols angeschlossen und gegen die grauliche und unzulässige Aneignung eines Volkes protestierte, das im Vertrauen auf die Gerechtigkeit der 14 Punkte Wilsons die Waffen niedergelegt habe. Wir wünschen und fordern, fuhr der Redner fort, einen gerechten Frieden, weil sonst tiefe Verzweiflung über das Volk kommen muß, die die letzten Fesseln der Ordnung sprengen und über das ganze Volk Vernichtung bringen wird.

Wien, 20. März. Auf zahlreiche Anfragen der Vertreter der Presse erklärte der Staatskanzler Kenner über die Vorgänge in Ostarkau u. a.: Die Öffentlichkeit war sich sofort im Klaren, daß durch den Beschluß der Nationalversammlung über die Erklärung der Republik eine unhaltbare Situation geschaffen wurde, da der ehemalige Kaiser wohl die Erklärung abgab, daß er sich der Regierungsgeschäfte enthalte, jedoch nicht auf die Herrscherwürde verzichtete. Durch diese Tatsache ist die öffentliche Ordnung beunruhigt. Hier handelt es sich um das ganze Erzherzogtum, das einen gewaltigen Teil der Verantwortung für die Katastrophe und für den Niedergang des Volkswohlstandes trägt. Die Hofhaltung in Ostarkau widerspricht unseren Vorschriften. In der Republik gibt es nur gleiche Bürger. Auf die Frage, ob ein Gesetz erlassen werde, das den Kaiser des Thrones verlustig erklärt, sagte der Staatskanzler: Das bleibt der Nationalversammlung vorbehalten. Diese wird das letzte Wort haben.

Wenn sie nicht unterzeichnen...

Vorschläge der „Tempo“.

Bern, 20. März. „Tempo“ beschäftigt sich bereits mit den Maßnahmen, die ergriffen werden müßten, wenn die deutsche Regierung mit der Verweigerung der Friedensunterzeichnung drohe. „Tempo“ verlangt, daß dann die Alliierten in jedem Gebiet Deutschlands Ortsbesprechungen einsehen müßten, mit denen provisorische Abkommen zu treffen wären.

Die Ukraine in den Händen der Bolschewiki.

Odessas Schicksal noch ungewiß.

London, 20. März. Reuter erfährt, daß heute früh in London noch kein amtlicher Bericht von der Räumung Odessas vorlag. Reuter wurde mitgeteilt, daß die Bolschewiki Cherjow und Nikolajew erst nach schweren Kämpfen mit den französischen Truppen besetzten, die die Städte schließlich aufgeben mußten und nach Odessa gebracht wurden. Die ganze Ukraine ist jetzt in den Händen der Bolschewiki.

Die Entente hat die polnischen und ukrainischen Streitkräfte in Galizien aufgefordert, Waffenruhe zu vereinbaren. Dann werde sie die beiderseitigen Gebietsansprüche zur Kenntnis nehmen.

Briefe an Kriegsgefangene in Sibirien sind jetzt folgenbereiter zu adressieren: An den Kriegsgefangenen (Name, wenn möglich genaue Adresse) über Nordfors, Kopenhagen, Christiansborg, Hol. Zufab: Kriegsgefangenenverbände.

Feiner können durch Vermittlung von Nordfors Geldsendungen an die Gefangenen in Sibirien gerichtet werden. Diese Beträge sind an die Deutsche Bank, Berlin, einzuzahlen.

Der frühere Polizeipräsident Glahorn übersendet dem „Berl. Tagebl.“ eine Verzichtserklärung, in der er feststellt, daß er so wenig wie Hauptmann v. Beerfeldt an den Berliner Unruhen teilgenommen hat. Er habe seit Wochen Bewußtsein nicht verlassen. — Wir haben die betr. Nachricht, als sie kam, sofort auf das stärkste bezweifelt.

Straßenbahnverkehr in Breslau. Die Angestellten der städtischen Straßenbahn in Breslau sind wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten, so daß der Betrieb der städtischen Linien eingestellt werden mußte.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Börse eröffnete heute in getrübler Tendenz. Während die Nachfrage nach Schiffahrtswerten auch heute lebhaft war, fehlten Montanwerte, insbesondere Oberkarlsten, niedriger ein, was auf die Nachrichten über die polnischen Forderungen zurückzuführen wurde. Im weiteren Verlaufe waren Montanwerte weiter abgedrückt. Am Schiffahrtswerte waren wieder Hanse und Hamburg-Südamerika bei anziehenden Kursen gehandelt. Von Rückgangswerten lagen Deutsche Waffen, Gebrüder Böllner und Oberrhein schwächer, während Köln-Rottweiler und Rheinmetall anziehen konnten. Kriegsanleihen gaben etwas nach.

Gewerkschaftsbewegung

Zum verflochtenen Streit in der Kinobranche

Sendel und Genosse A. Kroll, der Vorsitzende des Verbandes der Steiniger folgende Zuschrift:

Geliebten Sie auch mir, als quasi Mitbegründer des in der Notiz in Nr. 142 des „Vorwärts“ so immer anerkennenden Zentralverbandes der Film- und Kinoangehörigen, der ich auch an den Tarifverhandlungen bis kurz vor Ausbruch des Streiks teilgenommen habe, einige Worte. In den Gründungsverhandlungen des Zentralverbandes sind die leitenden Personen teils von mir darauf hingewiesen worden — und nicht ohne Erfolg, wie die Tarifverhandlungen beweisen haben! — daß sie die bereits von anderen Berufsverbänden besetzten Gebiete zu meiden haben. Wenn das trotzdem nicht in so unabweisbarer Weise geschehen ist, wie man es auf der einen Seite gewünscht hat, so muß das auch anerkannt werden, daß das nur zum geringsten Teile auf den Einfluß der im Zentralverband leitenden Arbeiter zurückzuführen ist, sondern vielmehr darauf, daß die in Frage kommenden technischen Arbeiter den dringenden Wunsch nach einer einheitlichen Berufsorganisation haben, da sie den Film als „Beruf“ ansehen.

Was mich in der Hauptsache veranlaßt, zum Worte zu melden, ist die Art, wie die Leitung der photographischen Partei im Verband der Filmographen sich gegen den Streik der „Kinobranche“ wehrt. Ich weiß, daß gerade die Photographen bei der Sache sehr stark interessiert sind. Auf der anderen Seite steht aber auch fest, daß die Aufnahmeorganisation für den Zentralverband gerade das Fundament der ganzen Organisation darstellt. Und das sollte man auch in der Leitung des sich bedrohlich fühlenden Verbandes einsehen. Ich halte auch die Gegenläge gar nicht für so groß zwischen den beiden rivalisierenden Verbänden, daß bei gutem Willen nicht eine Verständigung möglich wäre. Die Art aber, wie sich hier die Ältere gegen eine aufstrebende jüngere Organisation wendet, muß als geradezu schädlich bezeichnet werden. Man muß dabei bedenken, daß in dem jungen Zentralverbande doch eine ganze Anzahl von Gruppen geistiger Arbeiter vertreten ist, denen niemand das Recht einer gewerkschaftlichen Organisation strittig machen kann, die auch bei ihrer Organisationsarbeit zum Teil eine wahrhafte Kulturmission erfüllen (siehe den Artikel „Filmbranche“ in einer früheren Nummer des „Vorwärts“), und die zurzeit noch immer in Tarifverhandlungen stehen. Bei Gelegenheit gehabt hat, zu beobachten, wie sehr die Filmfabrikanten sich bemüht haben, immer und immer wieder die Berufsorganisationen gegen den jungen Zentralverband auszuspielen, der könnte es mit den bisherigen gewerkschaftlichen Berufsgruppen nicht in Einklang bringen, den Fabrikanten darin Beistand zu leisten. Der Artikel in Nr. 142 aber ist eine direkte Beihilfe — er fällt dem Zentralverband bei den Tarifverhandlungen in den Rücken!

Wenn die geistigen Arbeiter im Zentralverband Forderungen aufgestellt haben, für die ein gewerkschaftlicher Maßstab steht, so frage ich: haben nicht alle Gewerkschaften in ihrer Jugendzeit Forderungen aufgestellt, die, wenn wir sie heute besähen, uns im Stillen manchmal ein Lächeln ablocken? Die Verhältnisse haben dafür gesorgt, daß unsere Forderungen nicht in den Himmel geschrien sind — auch die Forderungen des Zentralverbandes der Film- und Kinoangehörigen werden die normalen Wachstumsstadien nicht übersteigern, und wenn wir uns schon berufen können, sie zu bekräftigen, dann sollten wir das in einer Weise tun, daß nicht das Unternehmertum seine Fährde daran hat und der um ihre Anerkennung ringenden jungen Gewerkschaft den Kampf unangenehm erschwert. Das gebietet die gewerkschaftliche Solidarität.

Groß-Berlin

Die Verteilung der ausländischen Lebensmittel.

Trotz der Dringlichkeit der Lage ist die Frage der Lebensmittelverteilung für Berlin sowohl wie für das Reich noch durchaus ungeklärt. Am gestrigen Tage haben Beratungen im Reichsernährungsamt stattgefunden, die heute ihre Fortsetzung finden werden. Vor allem ist die Tatsache festzustellen, daß man an amtlicher Stelle zu der Erkenntnis gelangt ist, daß eine einheitliche Lebensmittelverteilung für das ganze Reich aus praktischen Gründen kaum in Frage kommen kann. Das platte Land, ebenso wie die kleineren Städte sind in der Lage, ihren Bewohnern eine weitläufigere Lebensmittelversorgung zu gewähren, als dies in den Industriezentren und den Großstädten der Fall ist. Man wird also, wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, bei der Zuteilung der ersten Lebensmittelrationen vor allem die sogenannten Notstandsgebiete berücksichtigen, die Industriezentren und die Städte, die Einwohnerzahlen über 20 000 Einwohner aufweisen. Dadurch werden die ansonsten Lebensmittel, namentlich Fett und Fleisch, einer notleidenden Bevölkerung von etwa 25 bis 30 Millionen Einwohnern zugute kommen. Vor allen Dingen soll natürlich Berlin, dessen Lebensmittelversorgung gegenwärtig denkbar ungünstig ist, Zufuhren erhalten. Bei den Beratungen wurde betont, daß die Bevölkerung ihre hochgespannten Erwartungen unbedingt zurücksehen müsse. Bisher läßt sich zwar noch nichts Bestimmtes sagen, doch hofft man, die Rationierungen derart verteilen zu können, daß pro Monat 1 Pfund Fett auf den Kopf der Bevölkerung aus den Zufuhren kommen kann. Gegenüber ist über die Art und Weise der Verteilung der Lebensmittel in Berlin noch kein bestimmter Beschluß gefaßt worden. Der Magistrat Berlin wird sich noch im Laufe des heutigen Tages mit der Lebensmittelfrage beschäftigen. Man will versuchen, mit dem Reichsernährungsamt in Verbindung zu treten, um alle Vorbereitungen für diese, für die Bevölkerung Berlins so außerordentlich wichtigen Fragen rechtzeitig treffen zu können. An den Kreisen der städtischen Lebensmittelverteilung ist man der Ansicht, daß eine völlige Ausschaltung der Kommune bei der Nahrungsmittelverteilung unzulässig sei, da der Magistrat auf seinen langjährigen Erfahrungen auch die Organisation bittet, die eine schnelle und gleichmäßige Verteilung aller Einwohner sicher stellt.

Der Mord im Hotel Adlon.

Bei den Ermittlungen zur Aufklärung des Raubmordes, der im Hotel Adlon an dem Gelbbriefträger Lange verübt wurde, kam es u. a. darauf an, die Herkunft eines Koffers und zweier Handtaschen, die der Mörder in seinen Hotelzimmern zurückließ, festzustellen. Nach anderen verglichenen Versuchen stellte die Kriminalpolizei den großen Koffer und zugleich der Streid, mit dem Lange geflochten und verflochten wurde, in einem Schrankkasten im Dönhofsplatz aus. Jetzt hat sich jemand gefunden, der über die Herkunft des Koffers die gewünschte Auskunft geben konnte. Der Koffer ist am 19. Dezember v. J. bei einer Privatperson in der Brandenburgstraße von dem Mörder für 157 M. gekauft worden. Der Käufer rief nach Abschluß des Geschäftes eine Pferdewechselkutsche heran und fuhr mit dem Koffer nach dem Stettiner Vorortbahnhof. Durch diese Ermittlung ist jetzt auch festgestellt, daß der Mörder niemals sein äußeres Aussehen zu verändern versuchte hat. In der Brandenburgstraße wie auch später trat er stets ganz ungeniert mit dem schon mehrfach erwähnten schwarzen Vollbart und der Brille auf. Ueber den Aufenthalt des Mörders haben die bisherigen Ermittlungen folgendes festgestellt: Am 19. Dezember kaufte er sein Gepäck und brackte es nach dem Stettiner Vorortbahnhof. Am 21. fuhr er mit dem Koffer nach Berlin und wurde am demselben Tage gegen 3 Uhr nachmittags im Hotel Adlon abgeholt. Hier wohnte er bis zum 23. Dezember. Dann siedelte er in das Hotel Adlon über, wo er bis zum 27. Dezember blieb. Am 1. Januar 1918 kam er mittags wieder ins Hotel Adlon und blieb bis nach der Ausführung des Mordes am 2. Januar nachmittags gegen 11 Uhr.

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot

wurden in einer vom Mieterbund Groß-Berlin einberufenen Versammlung, in der Herr Köpcke und Herr Dr. Bornstein referierten, allerlei Vorschläge gemacht. Die Diskussion ergab bei den Mietern volle Übereinstimmung darüber, daß zum Schutze der Mieter, die infolge von Mietsteigerungen trotz Mieteingangsdämmerung Wohnung aufzugeben gezwungen sind und zum Teil noch keine neue gefunden haben, schleunigst etwas Durchgreifendes getan werden muß. Für die Hauswirte trat der Hausagrarierverein Rechnungsrat Fuhrmann ein, zu dessen Versprechen, daß er „verlöbnd“ wirken wolle, seine die Mieter provozierenden Ausführungen schlecht paßten. Ein anderer Redner, anscheinend gleichfalls ein „Hauselgenstimmer“, rief härmischen Widerspruch hervor mit seiner Behauptung, daß der Wohnungswucher heute durch die Mieteingangsdämmerung völlig unterdrückt sei. Aufsehen erregte die Mitteilung eines Vertreters vom Berliner Wohnungsausschuß, des Ingenieurs Krafft, daß zurzeit das Amt nur noch 303 un vermietete Wohnungen im Nachweis hat, darunter 263 mit einem Zimmer, 51 mit zwei, 18 mit drei, 2 mit vier, 8 mit fünf, 11 mit sechs oder mehr Zimmern. Im übrigen glaubte er sagen zu dürfen, daß leicht weniger noch kleiner als noch mittleren Wohnungen verlangt werde, nachdem durch Kostenzuschüsse der Stadt zu Um- und Ausbauten bisher etwa 1700 neue Wohnungen mit einem, zwei oder drei Zimmern, im ganzen mit 4218 Räumen, geschaffen worden seien. Angenommen wurden mehrere Entschärfungen, an ihrer Spitze die Forderung, in bezug auf den Wohnungsmangel das Gebiet Groß-Berlin zum Rotstammgebiet zu erklären, damit die Gemeinden mehr Nachmittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot haben. Jeder Mieter soll nur eine Wohnung haben dürfen, den Inhabern großer Wohnungen sollen höchstens fünf Zimmer bleiben werden, die überschüssigen Räume sind zu beschlagnahmen und anderen Mietern zu überweisen. Besondere wird ferner, bis zur Beseitigung des Wohnungsmangels ein allgemeines Umverbot zu erlassen und andererseits auch den Zugang von außerhalb zu verbieten. Fälle von Wohnungswucher sollen gesammelt und dem Budgetamt mitgeteilt werden.

Von der Republikanischen Soldatenwehr bei der Kommandantur wird mitgeteilt, daß die Angehörigen des aufgelösten Depots 8 der Republikanischen Soldatenwehr, Gutsenaufträge, ihre Verteidigungslinien, soweit dies noch nicht geschehen ist, in der Franzosen-Kaserne, Vahnerstraße, umgehend abzugeben haben. Wer bis zum 25. März 1918 seine Sachen nicht abgegeben hat, wird strafrechtlich verfolgt werden. Lösung wird dortselbst bis zum 17. März gezahlt.

Stadtverordnetenversammlung in Charlottenburg.

Bei Vernehmung der Anwaltskosten ist eine Wobühr in Höhe von 155 Proz. vom Gebäudewert festgestellt, die gegen früher eine Steigerung von 333 000 M. über 35 Proz. bringt. Diese Mehrbelastung ist eine Folge der Erhöhung der Löhne, Kriegsteuerzuschlägen, Kriegsbeihilfen und die eminente Steigerung der Kohlenpreise. Bei der Müllbeseitigung müßten die Höhe um das Doppelte erhöht werden. Dem Erweiterungsbau der Spitalstraße (300 000 M.) wird einstimmig zugestimmt. Die Zahl der Später ist seit 1914 von 122 249 auf 203 414 gestiegen, die Einlagen summe von 62 auf über 168 Millionen. Die Luftreinhalteverordnung wird mit einer kleinen Änderung angenommen. Genosse Richter bedauert, daß durch diese Steuererhöhung die Spielclubs nicht ersetzt werden könnten. In der Stadt befinden sich 18 solcher Klubs, deren Leiter nach Feststellungen der Polizei aus Marienfelde monatlich 1 1/2 Millionen Mark einnehmen. Ihr Vereinscharakter schließt die Anwendung der Weiche gegen sie aus. Richter erjudt den Magistrat, die Regierung aufzufordern, durch scharfe Besteuerung diese Klubs zu beseitigen. Demgegenüber vertritt Oberbürgermeister Dr. Schulz den Standpunkt, daß dies abein Aufgabe der Polizei ist. Bei der Nachbeseitigung von Mitteln für die Krankenkassen wird verlangt, daß für alle dort Beschäftigten ohne jeden Unterschied die Einheitslöhne durchgesetzt wird, was nach eingegangenen Beschwerden nicht der Fall zu sein scheint. Der Magistratsvertreter sieht bedauern, daß die Durchführung dieser Forderung bereits beschlossen wurde. Unser Antrag, in gemischter Deputation Wohnwagen zur Uebernahme der Polizei zu beraten, wird der Kommunalisierungskommission überwiesen. Unser Antrag, den Magistrat zu erjuden, ein Gesetz zu beantragen, wonach alle unbeschäftigten Magistratsmitglieder von ihren Stellen zurückzutreten haben und Reimwohlen ausgeführt werden, wurde nach längerer Aussprache abgelehnt. Der Antrag auf Errichtung eines Gemeindefriedhofes und eines Krematoriums wird von Franz Luther aus religiösen Bedenken und wegen der Kosten belämpft. Genosse Sebert begründet die Notwendigkeit, die Demokraten schließen sich an. Der Antrag auf Errichtung eines Friedhofes wird angenommen, dagegen die Errichtung eines Krematoriums abgelehnt, weil die Rentabilität bezweifelt und den Charlottenburgern die Benutzung des Berliner Krematoriums ohne Erhöhung der Höhe zugestanden wurde. Eine sehr ausgedehnte Debatte wurde durch die sozialistischen Sozialisierungsanträge hervorgerufen. Mehrere Redner der bürgerlichen Parteien ließen Sturm gegen die Anträge, die von unserer Seite von den Genossen Staller und Poritz begründet wurden. Die Bürgerlichen verlangten völlige Wirtschaftsfreiheit und wiederholten immer wieder den Vorwurf, Kommunalbetriebe arbeiteten zu teuer, die Rücksicht auf die Kleinrentner treiben müsse und von der Kommunalisierung fernhalten.

Die zum Schluß gestellte Anfrage: „Unter welchen Voraussetzungen lehnt der Magistrat eine Verhandlung mit dem Verband der Bureauangestellten Deutschlands über tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Bureauangestelltenpersonal ab“, führte zu lebhaften Auseinandersetzungen. Bürgermeister Meier erklärt, Charlottenburg habe die Organisation immer anerkannt. Mit dem Staats- und Gemeindearbeiterverband bestanden Tarife u. a. auch mit den Bureauangestellten würde ein solcher abgeschlossen, sobald Groß-Berlin das gleiche tue. Genosse Sebert weist darauf hin, daß den Vertrauensleuten der Organisation Schwereitigkeiten gemacht würden. Einzelne Löhne seien so niedrig, daß sie nicht einmal das Existenzminimum gewährleisten, und das Nehmen einzelner Degernenten dem Personal gegenüber sei scharf zu tügen. Genosse Kano verurteilt, daß der Arbeitervertreter der Kommunalbeamten in der Ausübung seiner Tätigkeit für den Arbeiterrat behindert wird und ihm vom Degernenten Schwierigkeiten bereitet werden. Beihilfe wird vom Oberbürgermeister zugesichert.

Reutlins. Angestellte Brotkarten. Während der letzten Unruhen in Reutlins sind eine größere Menge Brotkarten gestohlen worden. Der Magistrat macht daher bekannt, daß zunächst die für die Woche vom 24. bis 31. März bestimmten Brotkarten ungültig sind und daß die Brotabgabe für diese Zeit auf noch beantragende Adressanten der Lebensmittelkarte erfolgen wird.

Spanan. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, Ortsgruppe Spanan, hält am Sonnabend, den 22. März, abends 7 Uhr, im Lokal von Lange, Remerbaumallee, 66, eine Versammlung ab. Auch Kriegshilfsblende sind willkommen.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Wilmersdorf. Sonntag, 7 Uhr, findet in der Oberrealschule am Hindenburgpark ein Wagnisabend statt. Eintritt 50 Pf. Nichts findet im Vorderlauf, Bartel-Bureau, Uhlendamm, 96/99 und bei Weinberg, Gatenberg, Weidlingstr. 28 zu haben.

Sozialdemokratische Lehrer und Lehrerinnen aller Schulgattungen Groß-Berlins, die zur S. V. D. gehören: Wichtige Besprechungen. Sonntag, 23. März, nachmittags 10 Uhr, Ingenieurheim, Lindenstr. 2. Mitteilungsblatt: Sonntag, 9 Uhr: Lehrer und Lehrerinnen der S. V. D., die Stadt- oder Gemeinderatsmitglieder in Groß-Berlin sind.

Verantwortlich für Politik: Fritz Jäger, Charlottenburg. Für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schatz, Reutlins. Für Kunstgenossen: Theodor Wolff, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag, S. V. D., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag, S. V. D., Berlin. Postfach 1000, Berlin, Lindenstraße 2.

